



Eingaben im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

1. Kantone

- Kanton Zürich
- Kanton Bern
- Kanton Luzern
- Kanton Uri
- Kanton Obwalden
- Kanton Nidwalden
- Kanton Glarus
- Kanton Zug
- Canton de Fribourg
- Kanton Solothurn
- Kanton Basel-Stadt
- Kanton Basel-Landschaft
- Kanton Schaffhausen
- Kanton Appenzell Ausserrhoden
- Kanton Appenzell Innerrhoden
- Kanton St. Gallen
- Kanton Graubünden
- Kanton Aargau
- Kanton Thurgau
- Cantone Ticino
- Canton de Vaud
- Canton du Valais
- Canton de Neuchâtel
- Canton de Genève
- Canton du Jura



Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

23. Februar 2022 (RRB Nr. 299/2022)

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 3. Dezember 2021, mit dem Sie uns die Entwürfe der zwölf Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Das Bundesparlament hat bisher die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit 108 Partnerstaaten genehmigt (Stand am 1. Januar 2021). Die Schweiz hat 2020 mit 86 Partnerstaaten Informationen über Finanzkonten erfolgreich ausgetauscht. Aufgrund der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dieser Vorlage um zwölf zusätzliche Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Von den gegenwärtig 120 Staaten und Territorien, die sich verbindlich zur Umsetzung des AIA auf einen bestimmten Zeitpunkt bekannt haben, fehlen dem Schweizer Netzwerk noch deren elf. Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich allgemein positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit denen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist in zehn dieser zwölf Staaten/Territorien (Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Thailand, Uganda und Ukraine) die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft, wobei sich aber sämtliche dieser Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens im Jahr 2023 verpflichtet



haben. Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit wurden zwar in einigen dieser Staaten/Territorien als zufriedenstellend (Ecuador), weitgehend standardkonform (Georgien, Jamaika, Kenia, Marokko, Uganda) oder standardkonform (Neukaledonien) beurteilt, in einigen anderen dieser Staaten/Territorien konnten sie aber vom Expertenpanel des Global Forums noch nicht hinreichend geprüft werden (Jordanien, Moldova, Montenegro, Thailand, Ukraine). Zudem bieten bzw. boten lediglich einige dieser Staaten/Territorien ihren Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten (Ecuador, Kenia, Marokko, Moldova, Thailand, Uganda, Ukraine), andere stellten keine solchen Möglichkeiten zur Verfügung (Georgien, Jamaika, Jordanien [nur inoffiziell], Montenegro, Neukaledonien).

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kann das Prädikat «on track» als bestmögliche Beurteilung des Global Forums behalten. Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Zusammenfassend stimmen wir den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und der Ukraine zu.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr

Dr. Kathrin Arioli



Von: [Simon Beatrice, FIN-GS](#)
An: [SIF-Vernehmlassungen](#)
Betreff: WG: Vernehmlassung des Bundes - Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024
Datum: Montag, 14. März 2022 12:36:24

Sehr geehrter Herr Bundesrat, lieber Ueli
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat in seiner Stellungnahme vom 18. März 2015 zum Ausdruck gebracht, dass er die Bestrebungen für einen steuerlich konformen Finanzplatz und die weltweite Bekämpfung der Steuerhinterziehung unterstützt. Er hat deshalb der Ratifizierung der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (multilaterale Vereinbarung) und dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über den internationalen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz) zugestimmt ([RRB 316/2015](#)).

Damit der AIA mit einem bestimmten Partnerstaat eingeführt werden kann, muss er jeweils bilateral vereinbart werden, was vorliegend mit weiteren Partnerstaaten angedacht ist. Bei dieser Umsetzung besteht kein massgeblicher politischer Handlungsspielraum mehr. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Kanton Bern auf eine formelle Stellungnahme und dankt Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Beatrice Simon
Beatrice Simon, Regierungsratspräsidentin/Finanzdirektorin
[+41 31 633 43 04](#) (direkt), beatrice.simon@be.ch
Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12, 3011 Bern
[+41 31 633 44 66](#), www.be.ch/fin



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement
per E-Mail an (Word und PDF):
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Luzern, 15. März 2022

Protokoll-Nr.: 314

Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern mit der Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24 grundsätzlich einverstanden ist und dem Bundesbeschluss zustimmt.

Ergänzend gilt es jedoch Folgendes festzuhalten: Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA ab 2023/24 eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. Es haben sich aber sämtliche dieser Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens im Jahr 2023 verpflichtet. Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Reto Wyss
Regierungsrat

Per E-Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Frau Anne Gumy
Herr Christian Champeaux
Bundesgasse 3
3003 Bern

Altdorf, 11. Februar 2022

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Gumy
Sehr geehrter Herr Champeaux

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 3. Dezember 2021, mit welchem Sie uns die Entwürfe der zwölf Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Kanton Uri schliesst sich der Musterstellungnahme der SSK an.

Das Bundesparlament hat bis dato die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit 108 Partnerstaaten genehmigt (Stand am 1. Januar 2021). Die Schweiz hat im Jahr 2020 mit 86 Partnerstaaten Informationen über Finanzkonten erfolgreich ausgetauscht. Aufgrund der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dieser Vorlage um zwölf zusätzliche Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Von den gegenwärtig 120 Staaten und Territorien, die sich verbindlich zur Umsetzung des AIA bekannt haben, fehlen dem Schweizer Netzwerk noch deren elf. Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich generell positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmög-

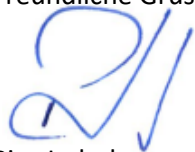
lichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist in zehn dieser zwölf Staaten/Territorien (Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Thailand, Uganda und Ukraine) die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft, wobei sich aber sämtliche dieser Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens im Jahr 2023 verpflichtet haben. Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit wurden zwar in einigen dieser Staaten/Territorien als zufriedenstellend (Ecuador), weitgehend standardkonform (Georgien, Jamaika, Kenia, Marokko, Uganda) oder standardkonform (Neukaledonien) beurteilt, in einigen anderen dieser Staaten/Territorien konnten sie aber vom Expertenpanel des Global Forum noch nicht hinreichend geprüft werden (Jordanien, Moldova, Montenegro, Thailand, Ukraine). Zudem bieten bzw. boten lediglich einige dieser Staaten/Territorien ihren Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten (Ecuador, Kenia, Marokko, Moldova, Thailand, Uganda, Ukraine), andere stellten keine solche Möglichkeiten zur Verfügung (Georgien, Jamaika, Jordanien [nur inoffiziell], Montenegro, Neukaledonien).

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kann das Prädikat «on track» als bestmögliche Beurteilung des Global Forums behalten. Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Zusammenfassend stimmen wir den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und Ukraine zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Pius Imholz



<[CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD](mailto:CH-6061.Sarnen.St.Antonistrasse.4.FD)

Elektronisch an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Sarnen, 17. Februar 2022

Vernehmlassung: Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 zugestellte Einladung zur Stellungnahme zu den zwölf Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24.

Der Kanton Obwalden stimmt den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und Ukraine zu. Für weitere Hinweise und Bemerkungen verweisen wir auf die Stellungnahme der Schweizerischen Steuerkonferenz, welche wir vollumfänglich unterstützen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Maya Büchi-Kaiser
Landstatthalter



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 8. März 2022

Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 3. Dezember 2021, mit welchem Sie uns die Entwürfe der zwölf Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 zur Stellungnahme unterbreitet haben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Das Bundesparlament hat bis dato die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit 108 Partnerstaaten genehmigt (Stand am 1. Januar 2021). Die Schweiz hat im Jahr 2020 mit 86 Partnerstaaten Informationen über Finanzkonten erfolgreich ausgetauscht. Aufgrund der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dieser Vorlage um zwölf zusätzliche Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich generell positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist in zehn dieser zwölf Staaten/Territorien (Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Thailand, Uganda und Ukraine) die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft, wobei sich aber sämtliche dieser Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens im Jahr 2023 verpflichtet haben. Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit wurden zwar in einigen dieser Staaten/Territorien als zufriedenstellend (Ecuador), weitgehend standardkonform (Georgien, Jamaika, Kenia, Marokko, Uganda) oder standardkonform (Neukaledonien) beurteilt, in einigen anderen dieser Staaten/Territorien konnten sie aber vom Expertenpanel des Global Forum noch nicht hinreichend geprüft werden (Jordanien, Moldova, Montenegro, Thailand, Ukraine). Zudem bieten bzw. boten lediglich einige dieser Staaten/Territorien ihren

Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten (Ecuador, Kenia, Marokko, Moldova, Thailand, Uganda, Ukraine), andere stellten keine solche Möglichkeiten zur Verfügung (Georgien, Jamaika, Jordanien [nur inoffiziell], Montenegro, Neukaledonien).

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kann das Prädikat „on track“ als bestmögliche Beurteilung des Global Forums behalten. Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Zusammenfassend stimmen wir den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und Ukraine zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Karin Kayser-Frutschi
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

- vernehmlassungen@sif.admin.ch

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

per E-Mail
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Glarus, 25. Januar 2022
Unsere Ref: 2021-2098

Vernehmlassung i. S. Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit den Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 einverstanden sind.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Marianne Lienhard
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- vernehmlassungen@sif.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bernhof
3003 Bern

Zug, 1. März 2022 sa

Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24: Vernehmlassung des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) das Vernehmlassungsverfahren in rubrizierter Angelegenheit eröffnet und die Kantonsregierungen zur Einreichung einer Stellungnahme bis am 18. März 2022 eingeladen.

Zu den geplanten Änderungen stellen wir folgenden

Antrag:

Der automatische Informationsaustausch mit den in den Vernehmlassungsunterlagen vorgesehenen Partnerstaaten sei einzuführen.

Begründung:

Das Bundesparlament hat bis dato die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit 108 Partnerstaaten genehmigt (Stand 1. Januar 2021). Die Schweiz hat im Jahr 2020 mit 86 Partnerstaaten Informationen über Finanzkonten erfolgreich ausgetauscht. Aufgrund der aktuellen internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz soll das Schweizer AIA-Netzwerk mit dieser Vorlage um zwölf zusätzliche Partnerstaaten ausgeweitet werden.

Von den gegenwärtig 120 Staaten und Territorien, die sich verbindlich zur Umsetzung des AIA bekannt haben, fehlen dem Schweizer Netzwerk noch deren elf. Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was sich generell positiv auf den hiesigen Finanzplatz und das Ansehen der Schweiz auswirken dürfte.

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist in zehn dieser zwölf Staaten/Territorien (Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Thailand, Uganda und Ukraine) die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft, wobei sich aber sämtliche dieser Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens im Jahr 2023 verpflichtet haben. Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit wurden zwar in einigen dieser Staaten/Territorien als zufriedenstellend (Ecuador), weitgehend standardkonform (Georgien, Jamaika, Kenia, Marokko, Uganda) oder standardkonform (Neukaledonien) beurteilt. In einigen anderen dieser Staaten/Territorien konnten sie aber vom Expertenpanel des Global Forum noch nicht hinreichend geprüft werden (Jordanien, Moldova, Montenegro, Thailand, Ukraine). Zudem bieten beziehungsweise boten lediglich einige dieser Staaten/Territorien ihren Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten (Ecuador, Kenia, Marokko, Moldova, Thailand, Uganda, Ukraine), andere stellten keine solche Möglichkeiten zur Verfügung (Georgien, Jamaika, Jordanien [nur inoffiziell], Montenegro, Neukaledonien).

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das Vernehmlassungsverfahren des Eidgenössischen Finanzdepartements zur Einführung des AIA mit weiteren Partnerstaaten ab 2020/21. In seiner Vernehmlassungsantwort vom 1. März 2019 hat sich der Kanton Zug aus den genannten Gründen gegen die Einführung des AIA mit den damals betroffenen Partnerstaaten gestellt. Die seinerzeit geäußerten Bedenken haben grundsätzlich nach wie vor Geltung.

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kann das Prädikat «on track» als bestmögliche Beurteilung des Global Forums behalten. Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten.

Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Zusammenfassend stimmen wir somit den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und der Ukraine zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Martin Pfister
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Kopie per E-Mail an:

- Eidgenössisches Finanzdepartement (vernehmlassungen@sif.admin.ch) im Word- und PDF-Format
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vd@zg.ch)
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; Geschäftskontrolle)
- Steuerverwaltung des Kantons Zug (internet.stv@zg.ch)



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances DFF
Bundesgasse 3
3003 Berne

Courriel : vernehmlassungen@sif.admin.ch

Fribourg, le 22 février 2022

2022-180

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres Etats partenaires à partir des années 2023 et 2024 : procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à la consultation susmentionnée et avons l'avantage de vous communiquer notre prise de position.

À ce jour, le Parlement fédéral a approuvé l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec 108 États partenaires (état au 1^{er} janvier 2021). En 2020, la Suisse a échangé avec succès des informations relatives aux comptes financiers avec 86 États partenaires. Compte tenu des développements internationaux actuels dans le domaine de la transparence fiscale, le présent projet vise à étendre le réseau EAR de la Suisse à douze nouveaux États partenaires.

Sur les 120 États et territoires qui se sont engagés à mettre en œuvre l'EAR, onze font encore défaut au réseau suisse. En étendant le réseau EAR en conséquence, la Suisse montre qu'elle met en œuvre ses engagements politiques internationaux, ce qui devrait avoir des effets globalement positifs sur sa place financière et sa réputation.

La plupart des États et territoires avec lesquels l'EAR doit être introduit ne remplissent pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité suffisantes des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR. Les exigences internationales en matière de confidentialité et de sécurité des données ont été jugées satisfaisantes (Équateur) largement conformes à la norme (Géorgie, Jamaïque, Kenya, Maroc, Ouganda) ou conformes à la norme (Nouvelle-Calédonie). Pour cinq États, elles n'ont pas encore pu être suffisamment examinées par le panel d'experts du Forum mondial (Jordanie, Moldova, Monténégro, Thaïlande, Ukraine). En outre, seuls quelques-uns de ces États/territoires offrent ou offraient à leurs contribuables des possibilités suffisantes de régularisation tandis que d'autres n'offraient pas de telles possibilités.

Nous reconnaissons néanmoins la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR. Elle met ainsi en œuvre ses engagements politiques internationaux.

Le Conseil fédéral est toutefois invité à réexaminer, avant le premier échange de données, si les Etats partenaires respectent les prescriptions de la norme à ce moment-là. Sous cette réserve, nous approuvons l'introduction de l'EAR avec les douze nouveaux États partenaires.

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position au sujet de l'objet susmentionné et vous prions de croire Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—
à la Direction des finances, pour elle et le Service cantonal des contributions ;
à la Direction de l'économie, de l'emploi et de la formation professionnelle ;
à la Chancellerie d'Etat.

Finanzdepartement

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 57
finanzdepartement@fd.so.ch
so.ch

Peter Hodel
Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bernerhof
Bundesgasse 3
3011 Bern

17. März 2022

Vernehmlassung zu Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 haben Sie uns die Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24 zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen gerne mit, dass wir mit den unterbreiteten Entwürfen einverstanden sind.

Freundliche Grüsse



Peter Hodel
Regierungsrat



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per E-Mail:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 22. Februar 2022

Regierungsratsbeschluss vom 22. Februar 2022

Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustausches mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, Herr Bundesrat Ueli Maurer, den Kantonsregierungen mit Frist bis 18. März 2022 Gelegenheit gegeben, sich zur Genehmigung der Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustausches mit weiteren Partnerstaaten vernehmen zu lassen.

Für die Gelegenheit zur Vernehmlassung danken wir Ihnen bestens. Gerne teilen wir Ihnen mit, dass der Regierungsrat Basel-Stadt den vorgeschlagenen Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustausches (AIA) mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 zustimmt. Die Einführung des AIA-Standards mit diesen Ländern ist die konsequente Folge der Teilnahme der Schweiz am Amtshilfeübereinkommen der OECD und des Europarats und am Multilateral Competent Authority Agreement (MCAA).

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. Der Bundesrat ist damit aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten zu.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Liestal, 25. Januar 2022

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 bitten Sie uns, im Rahmen einer Vernehmlassung zur vorgeschlagenen Genehmigung der entsprechenden Bundesbeschlüsse unsere Stellungnahme abzugeben. Dies nehmen wir hiermit gerne wie folgt wahr:

Die mit den jeweiligen Bundesbeschlüssen vorgesehene bilaterale Aktivierung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit den Staaten Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und der Ukraine entsprechen der bereits eingeschlagenen Strategie zur Erhaltung der Standortattraktivität und internationalen Akzeptanz des Finanzplatzes Schweiz. Deshalb stimmen wir diesen wie bisher auch zu.

Das Inkrafttreten des AIA mit diesen 12 weiteren Staaten ist per 1. Januar 2023 vorgesehen, ein erster Datenaustausch soll dann 2024 erfolgen. Mit dieser Erweiterung des AIA-Netzwerks bekräftigt die Schweiz ihr Engagement zur Einhaltung der internationalen Standards. Damit wird auch eine Konsolidierung des globalen «Level Playing Fields» erreicht.

Wir stimmen grundsätzlich allen Bundesbeschlüssen zu, welche die gleiche Thematik beinhalten, nämlich die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit anderen Partnerstaaten und Territorien.

Die Stärkung der Integrität und Transparenz des Finanzplatzes Schweiz sowie die Bekämpfung von illegalen Finanzflüssen sind auch dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zwei wichtige Anliegen. Der Regierungsrat verweist in diesem Zusammenhang auch auf seine einlässliche Stellungnahme vom 14. April 2015 zur generellen Implementierung des AIA.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Hochachtungsvoll



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Finanzdepartement
EFD

per E-Mail:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Schaffhausen, 8. März 2022

**Vernehmlassung EFD betreffend Einführung des automatischen Informationsaustauschs
mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24; Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit
Stellung zu nehmen.

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist in zehn dieser zwölf Staaten/Territorien die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft, wobei sich aber sämtliche dieser Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens im Jahr 2023 verpflichtet haben.

Dennoch anerkennen wir die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kann das Prädikat „on track“ als bestmögliche Beurteilung des Global Forums behalten. Der Bundesrat ist aber aufgefordert, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des

Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Unter diesem Vorbehalt wird beantragt, der Einführung des AIA mit den genannten Partnerstaaten (Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und Ukraine) zuzustimmen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

A handwritten signature in black ink, reading "C. Stamm Hurter".

Dr. Cornelia Stamm Hurter

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, reading "Bilger".

Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

per E-Mail: vernehmlassungen@sif.admin.ch
[PDF- und Wordversion]

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 11. März 2022

Eidg. Vernehmlassung; Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 3. Dezember 2021 das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft und den interessierten Kreisen zu den Bundesbeschlüssen über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 18. März 2022.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er anerkennt die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kann das Prädikat „on track“ als bestmögliche Beurteilung des Global Forums behalten.

Der Regierungsrat stimmt den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatisierten Informationsaustauschs mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und Ukraine zu. Er erwartet jedoch, dass vor dem ersten Datenaustausch mit diesen Ländern die vollständige Einhaltung der verlangten Voraussetzungen gegeben ist.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Appenzell, 3. März 2022

Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024 zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Die meisten der vorgeschlagenen Staaten und Territorien, mit welchen der AIA eingeführt werden soll, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), die der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. So ist in zehn dieser zwölf Staaten oder Territorien (Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Thailand, Uganda und Ukraine) die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft, wobei sich aber sämtliche dieser Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens im Jahr 2023 verpflichtet haben.

Die internationalen Anforderungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und die Datensicherheit wurden zwar in einigen dieser Staaten oder Territorien als zufriedenstellend (Ecuador), weitgehend standardkonform (Georgien, Jamaika, Kenia, Marokko, Uganda) oder standardkonform (Neukaledonien) beurteilt, in einigen anderen konnten sie aber vom Expertenpanel des Global Forums noch nicht hinreichend geprüft werden (Jordanien, Moldova, Montenegro, Thailand, Ukraine).

Dennoch anerkennt die Standeskommission die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr AIA-Netzwerk zu erweitern. Damit setzt sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen um und kann das Prädikat «on track» als bestmögliche Beurteilung des Global Forums behalten. Die Standeskommission fordert den Bundesrat aber auf, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des Standards zu diesem Zeitpunkt einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmt die Standeskommission der Einführung des AIA mit den Partnerstaaten Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und Ukraine zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber-Stv.:



Michael Bühler

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 7. März 2022

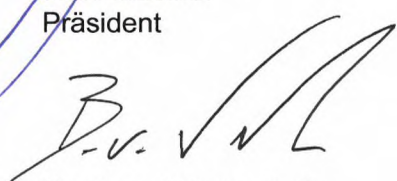
Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 3. Dezember 2021 und die Gelegenheit, zu rubrizierter Angelegenheit Stellung nehmen zu können. Wir begrüssen die vorgesehenen Aktivierungen des automatischen Informationsaustauschs mit den zwölf zusätzlichen Staaten und Territorien und verzichten auf weitere Bemerkungen.

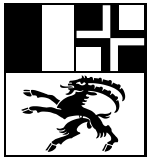
Im Namen der Regierung


Marc Mächler
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch



Sitzung vom
1. März 2022

Mitgeteilt den
2. März 2022

Protokoll Nr.
165/2022

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 erhalten die Kantonsregierungen die Gelegenheit, zur erwähnten Vorlage Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Aufgrund der internationalen Entwicklungen im Bereich der Steuertransparenz anerkennt der Kanton Graubünden die Notwendigkeit für die Schweiz, ihr Netzwerk zur Einführung des globalen Standards der OECD für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) um weitere Partnerstaaten auszuweiten.

Das Bundesparlament hat die Einführung des AIA mit 108 Partnerstaaten genehmigt (Stand am 2. Dezember 2021). Von den gegenwärtig 120 Staaten und Territorien, die sich verbindlich zur Umsetzung des AIA bekannt haben, fehlen dem Schweizer AIA-Netzwerk noch deren elf. Mit einer entsprechenden Erweiterung des AIA-Netzwerks signalisiert die Schweiz den Willen, ihre internationalen Verpflichtungen umzusetzen, womit sie den Schweizer Finanzplatz und ihr Ansehen stärken kann. Ausserdem kann die Schweiz damit das Prädikat „on track“ als bestmögliche Beurteilung des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) behalten.

Die meisten der zwölf Staaten, für welche die bundesrätliche Vorlage die Einführung des AIA vorsieht, erfüllen die Voraussetzungen (Umsetzungsgesetzgebung, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten, hinreichende Vertraulichkeit und Datensicherheit bezüglich Steuerdaten), welche der Bundesrat in den am 8. Oktober 2014 genehmigten Verhandlungsmandaten zur Einführung des AIA festgelegt hat, noch nicht vollständig. In zehn der zwölf Staaten (Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Thailand, Uganda und Ukraine) ist die geforderte innerstaatliche Umsetzungsgesetzgebung noch nicht in Kraft, wobei sich sämtliche Staaten zur Umsetzung des AIA mit einem ersten Informationsaustausch bis spätestens 2023 verpflichtet haben. Die internationalen Anforderungen in Bezug auf Vertraulichkeit und Datensicherheit wurden zwar bei sieben Staaten als zufriedenstellend (Ecuador), weitgehend standardkonform (Georgien, Jamaika, Kenia, Marokko, Uganda) oder standardkonform (Neukaledonien) beurteilt, bei fünf Staaten hingegen konnten sie vom Expertenpanel des Global Forums noch nicht hinreichend überprüft werden (Jordanien, Moldova, Montenegro, Thailand, Ukraine). Zudem bieten bzw. boten lediglich sieben Staaten ihren Steuerpflichtigen hinlängliche Regularisierungsmöglichkeiten (Ecuador, Kenia, Marokko, Moldova, Thailand, Uganda, Ukraine), während die übrigen fünf Staaten keine entsprechenden Instrumente zur Verfügung stellen (Georgien, Jamaika, Jordanien [nur inoffiziell], Montenegro, Neukaledonien).

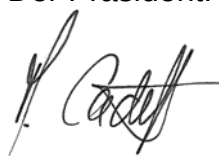
Der Kanton Graubünden fordert deshalb den Bundesrat auf, vor dem ersten Datenaustausch nochmals zu prüfen, ob die Partnerstaaten die Vorgaben des globalen Standards der OECD für den AIA einhalten. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir den Entwürfen der Bundesbeschlüsse über die Einführung des AIA mit den zwölf genannten Staaten zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Freundliche Grüsse

Namens der Regierung

Der Präsident:



Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:



Daniel Spadin



**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

Kantonales Steueramt

Daniel Schudel

Vorsteher

Tellistrasse 67, 5001 Aarau

Telefon direkt 062 835 25 81

daniel.schudel@ag.ch

www.ag.ch/steuern

Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

3. März 2022

**Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren
Partnerstaaten ab 2023/24**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 den Regierungsrat des Kantons Aargau zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit eingeladen, wofür wir uns bestens bedanken. Der Regierungsrat hat das Kantonale Steueramt ermächtigt, direkt eine Vernehmlassung einzureichen.

Der Kanton Aargau stimmt der Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und der Ukraine zu.

Freundliche Grüsse



Daniel Schudel

Vorsteher

Kopie

- vernehmlassungen@sif.admin.ch

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Finanzdepartement
Herr Ueli Maurer
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 1. März 2022

146

Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24.

Wir begrüßen die vorgesehene Erweiterung des AIA-Partnerstaatennetzes, da sie im Interesse der Schweiz und ihrer Reputation als Finanzplatz liegt. Damit beseitigt sie Wettbewerbsnachteile der Schweiz. Sie ist ausserdem auch im Sinne der Steuertransparenz zu unterstützen. Angesichts der Lage in der Ukraine ist allerdings sicherzustellen, dass die Gegenseitigkeit des Informationsaustausches sichergestellt ist und zudem gewährleistet wird, dass Schweizer Bankdaten nicht durch geopolitisch unsichere Situationen in Länder abfliessen, mit denen kein gegenseitiger automatischer Informationsaustausch besteht.

Wir stimmen der Einführung des AIA mit den neuen Partnerstaaten daher zu.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
927

cl

0

Bellinzona
23 febbraio 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Signor
Ueli Maurer
Direttore del Dipartimento federale
delle finanze
Bundesgasse 3
3003 Berna

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Introduzione dello scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari (SAI) con altri Stati partner a partire dal 2023 e 2024 (procedura di consultazione)

Signor Consigliere federale,

in riferimento alla consultazione indicata a margine, la ringraziamo per averci interpellato e le trasmettiamo le seguenti osservazioni.

Ad oggi il Parlamento federale ha approvato l'introduzione dello scambio automatico di informazioni relative a conti finanziari (SAI) con 108 Stati partner (dati aggiornati all'1.1.2021). Nel 2020 la Svizzera ha scambiato informazioni relative a conti finanziari con 86 Stati partner. In considerazione dei recenti sviluppi internazionali nell'ambito della trasparenza fiscale, la Svizzera intende estendere la propria rete per lo scambio automatico di informazioni ad altri dodici Stati partner.

Degli attuali 120 Stati e territori che si sono impegnati in modo vincolante ad attuare lo scambio automatico di informazioni, alla rete svizzera ne mancano ancora undici. Estendendo di conseguenza la rete di Stati partner per lo scambio automatico di informazioni, la Svizzera dimostra di attuare gli impegni di politica internazionale e questo dovrebbe ripercuotersi positivamente sulla piazza finanziaria locale e sulla sua reputazione.

La maggior parte degli Stati e dei territori con i quali il SAI deve essere introdotto non soddisfa ancora pienamente le condizioni (legislazione di attuazione, possibilità adeguate di regolarizzazione, sufficiente confidenzialità e sicurezza dei dati fiscali) fissate dal Consiglio federale nei mandati di negoziazione adottati l'8 ottobre 2014 per l'introduzione del SAI. Per esempio, in dieci di questi dodici Stati/territori (Georgia, Giamaica, Giordania, Kenya, Moldavia, Marocco, Montenegro, Tailandia, Uganda e Ucraina), la necessaria legislazione di attuazione nazionale non è ancora in vigore, ma tutti questi Stati si sono impegnati ad attuare il SAI con un primo scambio di informazioni al più tardi dal 2023.

RG n. 927 del 23 febbraio 2022

I requisiti internazionali di confidenzialità e sicurezza dei dati sono stati trovati soddisfacenti (Ecuador), ampiamente in linea con lo standard (Georgia, Giamaica, Kenya, Marocco, Uganda) o in linea con lo standard (Nuova Caledonia). Per cinque Stati tali requisiti non hanno ancora potuto essere sufficientemente esaminati dal comitato di esperti del Forum mondiale (Giordania, Moldavia, Montenegro, Tailandia, Ucraina). Inoltre, solo alcuni di questi Stati/territori offrono o hanno offerto sufficienti possibilità di regolarizzazione ai loro contribuenti (Ecuador, Kenya, Marocco, Moldavia, Tailandia, Uganda, Ucraina), mentre altri non hanno offerto tali possibilità (Georgia, Giamaica, Giordania [solo ufficiosamente], Montenegro, Nuova Caledonia).

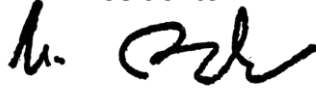
Ciononostante, riconosciamo la necessità per la Svizzera di estendere la propria rete per lo SAI. In questo modo, la Svizzera attua i suoi impegni di politica internazionale e può mantenere il rating "on track" come miglior giudizio possibile del Forum globale. Tuttavia, il Consiglio federale è invitato a verificare se gli Stati partner rispettano i requisiti dello standard prima del primo scambio di dati. Con questa riserva, approviamo l'introduzione del SAI con i suddetti Stati partner.

In conclusione, approviamo i progetti di decreti federali sull'introduzione del SAI con Ecuador, Georgia, Giamaica, Giordania, Kenya, Moldavia, Marocco, Montenegro, Nuova Caledonia, Tailandia, Uganda e Ucraina.

Voglia gradire, signor Consigliere federale, l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



Manuele Bertoli

Il Cancelliere



Arnoldo Coduri

Copia a:

- - Divisione delle contribuzioni (dfe-dc@ti.ch)
- - Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- - Pubblicazione in internet

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Réf. : 21_GOV_1322

Lausanne, le 9 mars 2022

Arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires à partir des années 2023 et 2024 : consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Faisant suite à votre courrier du 3 décembre 2021, le Conseil d'Etat vous remercie de l'opportunité qui lui est offerte de prendre position sur les douze arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires à partir de 2023/2024, à savoir l'Équateur, la Géorgie, la Jamaïque, la Jordanie, le Kenya, le Maroc, la Moldova, le Monténégro, la Nouvelle-Calédonie, la Thaïlande, l'Ouganda et l'Ukraine.

Si le Conseil d'Etat reconnaît la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR, afin de mettre en œuvre ses engagements politiques internationaux et peut conserver la note «on track» comme la meilleure appréciation possible du Forum mondial, il constate toutefois que la plupart des États et territoires avec lesquels l'EAR doit être introduit ne remplissent pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité suffisantes des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR. Ainsi, dans dix de ces douze États/territoires (Géorgie, Jamaïque, Jordanie, Kenya, Maroc, Moldova, Monténégro, Thaïlande, Ouganda et Ukraine), la législation nationale de mise en œuvre requise n'est pas encore en vigueur, mais tous ces États se sont engagés à mettre en œuvre l'EAR avec un premier échange de renseignements jusqu'en 2023 au plus tard.

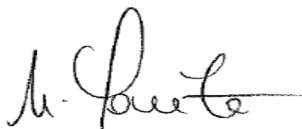
Les exigences internationales en matière de confidentialité et de sécurité des données ont été jugées satisfaisantes (Équateur) largement conformes à la norme (Géorgie, Jamaïque, Kenya, Maroc, Ouganda) ou conformes à la norme (Nouvelle-Calédonie). Pour cinq États, elles n'ont pas encore pu être suffisamment examinées par le panel d'experts du Forum mondial (Jordanie, Moldova, Monténégro, Thaïlande, Ukraine). En outre, seuls quelques-uns de ces États/territoires offrent ou offraient à leurs contribuables des possibilités suffisantes de régularisation (Équateur, Kenya, Maroc, Moldova, Thaïlande, Ouganda, Ukraine), tandis que d'autres n'offraient pas de telles possibilités. (Géorgie, Jamaïque, Jordanie, Monténégro, Nouvelle-Calédonie).

Partant, si le Conseil d'Etat approuve les projets d'arrêts fédéraux concernant l'introduction de l'EAR avec l'Équateur, la Géorgie, la Jamaïque, la Jordanie, le Kenya, le Maroc, la Moldova, le Monténégro, la Nouvelle-Calédonie, la Thaïlande, l'Ouganda et l'Ukraine, il invite, néanmoins, le Conseil fédéral à réexaminer, avant le premier échange de données, si les Etats partenaires respectent effectivement les prescriptions de la norme.

En vous remerciant d'avance pour la prise en considérations de nos observations, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre respectueuse considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Aurélien Buffat

Copies

- OAE
- ACI

Courrier envoyé sous forme électronique à : vernehmlassungen@sif.admin.ch



2022.01032

P.P. CH-1951
Sion

A

Poste CH SA

Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne



Références BA/CB
Date 16 mars 2022

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres Etats partenaires à partir des années 2023 et 2024

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre lettre du 3 décembre 2021 concernant la procédure de consultation susmentionnée nous est bien parvenue et nous formulons ci-après nos observations.

Le Gouvernement valaisan a toujours donné son accord de principe à la mise en œuvre de l'échange automatique de renseignements avec d'autres Etats, sous réserve que ces derniers remplissent les exigences internationales s'agissant de la confidentialité en matière fiscale (protection des données et respect du principe de spécialité) et offrent à leurs contribuables des possibilités suffisantes de régularisation.

La plupart des Etats et territoires avec lesquels l'EAR doit être introduit ne remplit pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité suffisantes des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR. Ainsi, dans dix de ces douze Etats/territoires (Géorgie, Jamaïque, Jordanie, Kenya, Maroc, Moldavie, Monténégro, Thaïlande, Ouganda et Ukraine), la législation nationale de mise en œuvre requise n'est pas encore en vigueur, mais tous ces Etats se sont engagés à mettre en œuvre l'EAR avec un premier échange de renseignements jusqu'en 2023 au plus tard.

Les exigences internationales en matière de confidentialité et de sécurité des données ont été jugées satisfaisantes (Equateur) largement conformes à la norme (Géorgie, Jamaïque, Kenya, Maroc, Ouganda) ou conformes à la norme (Nouvelle-Calédonie). Pour cinq Etats, elles n'ont pas encore pu être suffisamment examinées par le panel d'experts du Forum mondial (Jordanie, Moldavie, Monténégro, Thaïlande, Ukraine).

En outre, seuls quelques-uns de ces Etats/territoires offrent ou offraient à leurs contribuables des possibilités suffisantes de régularisation (Equateur, Kenya, Maroc, Moldavie, Thaïlande, Ouganda, Ukraine), tandis que d'autres n'offraient pas de telles possibilités (Géorgie, Jamaïque, Jordanie [seulement officieusement], Monténégro, Nouvelle-Calédonie).

Nous reconnaissons néanmoins la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR. Elle met ainsi en œuvre ses engagements politiques internationaux et peut conserver la note « on track » comme la meilleure appréciation possible du Forum mondial. Le Conseil fédéral est toutefois invité à réexaminer, avant le premier échange de données, si les Etats partenaires respectent les prescriptions de la norme à ce moment-là.



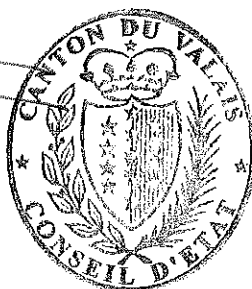
Compte tenu des remarques ci-dessus, le Conseil d'Etat est favorable à une extension du réseau EAR de la Suisse à ces 12 Etats supplémentaires à partir de 2023/2024.

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'attention que vous porterez à sa détermination et vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de sa considération distinguée.

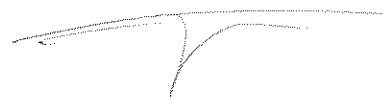
Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Frédéric Favre



Le chancelier


Philipp Spörri

Copie à vernehmlassungen@sif.admin.ch



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courrier électronique
Département fédéral des finances
Palais fédéral
3003 Berne

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires à partir des années 2023 et 2024

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous remercions le Département fédéral des finances d'avoir consulté le canton de Neuchâtel sur l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires en vertu de l'accord multilatéral sur l'EAR à partir des années 2023 et 2024.

Les documents qui nous ont été remis à cette occasion ont été soigneusement examinés et nous permettent de vous faire part de nos observations.

En étendant le réseau EAR en conséquence, la Suisse montre qu'elle met en œuvre ses engagements politiques internationaux de lutte contre les flux financiers illicites, ce qui devrait avoir des effets positifs sur sa place financière et sa réputation. Par ailleurs, cela lui permettrait de maintenir une bonne appréciation selon les standards du Forum mondial.

Nous pensons toutefois qu'il est primordial que l'activation de l'EAR avec les nouveaux partenaires n'ait lieu que lorsqu'ils répondront pleinement aux exigences de la norme mondiale. Il est fondamental que la Suisse ne transmette pas de données aux États qui ne respectent pas ces conditions préalables. Pour ce faire, le Conseil fédéral devrait être invité à réexaminer, avant le premier échange de données, si ces États partenaires respectent effectivement les prescriptions de la norme à ce moment-là.

Sous ces conditions, nous sommes favorable à ce que la Suisse étende son réseau d'États partenaires avec l'Équateur, la Géorgie, la Jamaïque, la Jordanie, le Kenya, le Maroc, la Moldavie, le Monténégro, la Nouvelle-Calédonie, l'Ouganda, la Thaïlande et l'Ukraine.

En vous remerciant de l'attention portée au présent courrier, nous vous prions d'agréer, Monsieur le conseiller fédéral, l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 9 mars 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



Le Conseil d'Etat

1018-2022

Département fédéral des finances (DFF)
Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : introduction de l'échange automatique de renseignements relatif aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires à partir des années 2023 et 2024 – procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à votre courrier du 3 décembre 2021 par lequel vous nous avez soumis pour prise de position les projets des douze arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres États partenaires à partir des années 2023 et 2024. Nous vous remercions pour l'opportunité de prendre position et nous prononçons comme suit :

A ce jour, le Parlement fédéral a approuvé l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatif aux comptes financiers (EAR) avec 108 États partenaires (état au 1^{er} janvier 2021). En 2020, la Suisse a échangé avec succès des informations relatives aux comptes financiers avec 86 États partenaires. Compte tenu des développements internationaux actuels dans le domaine de la transparence fiscale, le présent projet vise à étendre le réseau EAR de la Suisse à douze nouveaux États partenaires.

Sur les 120 États et territoires qui se sont engagés à mettre en œuvre l'EAR, onze font encore défaut au réseau suisse. En étendant le réseau EAR en conséquence, la Suisse montre qu'elle met en œuvre ses engagements politiques internationaux, ce qui devrait avoir des effets globalement positifs sur sa place financière et sa réputation.

La plupart des États et territoires avec lesquels l'EAR doit être introduit ne remplissent pas encore entièrement les conditions (législation d'application, possibilités adéquates de régularisation, confidentialité et sécurité suffisantes des données fiscales) fixées par le Conseil fédéral dans les mandats de négociation adoptés le 8 octobre 2014 en vue de l'introduction de l'EAR.

Nous reconnaissons néanmoins la nécessité pour la Suisse d'étendre son réseau EAR. Elle met ainsi en œuvre ses engagements politiques internationaux et peut conserver la note précédemment obtenue auprès du Forum mondial. Il convient toutefois de réexaminer, avant le premier échange de données, si les Etats partenaires respectent les prescriptions de la norme adoptée. Sous cette réserve, nous approuvons l'introduction de l'EAR avec les Etats partenaires susmentionnés.

En résumé, nous approuvons les projets d'arrêts fédéraux concernant l'introduction de l'EAR avec l'Équateur, la Géorgie, la Jamaïque, la Jordanie, le Kenya, le Maroc, la Moldavie, le Monténégro, la Nouvelle-Calédonie, la Thaïlande, l'Ouganda et l'Ukraine.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations distinguées.

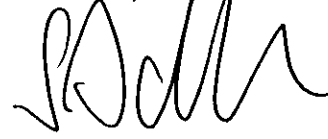
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Serge Dal Busco

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel en version PDF et Word

Département fédéral des finances

Monsieur le Conseiller fédéral

Ueli Maurer

Bundesgasse 3

3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Delémont, le 1^{er} mars 2022

Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres Etats partenaires à partir des années 2023 et 2024 : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien a été invité par votre Département à se prononcer au sujet de la procédure de consultation mentionnée en objet et il vous en remercie.

De manière générale, le Gouvernement jurassien se montre favorable à l'introduction de l'EAR avec d'autres Etats partenaires à partir des années 2023 et 2024. Il souligne toutefois l'importance de garantir la protection des données et le secret fiscal en la matière, surtout envers des Etats tiers au sein desquels le niveau de protection n'est parfois pas suffisant. Le Gouvernement jurassien considère toutefois que les différentes protections offertes par la norme mondiale et la législation en lien avec l'EAR devraient permettre d'offrir des garanties suffisantes.

La nécessité de pouvoir disposer d'informations facilement exploitables, telles que celles dont disposent les autorités fiscales depuis l'année 2017 doit, au demeurant, être rappelée. En cela et de l'avis du Gouvernement, le fait de pouvoir prétendre à l'EAR avec de nouveaux Etats partenaires aura pour avantage de garantir une meilleure égalité de traitement entre les contribuables de différentes origines étrangères.

Pour le surplus, il n'a pas de remarque particulière à formuler.

Le Gouvernement jurassien vous remercie de lui avoir donné la possibilité de prendre position à ce sujet et il vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

David Eray
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'Etat

Von: [Finanzdepartement des Kantons Schwyz](#)
An: [SIF-Vernehmlassungen](#)
Cc: [Kaspar Michel](#); [Staatskanzlei des Kantons Schwyz](#); "[marcel.dettling@parl.ch](#)"; "[ks-beratung@bluewin.ch](#)"; "[a.gmuer@beer.ch](#)"; "[petra.goessi@parl.ch](#)"; "[alex.kuprecht@basler.ch](#)"; "[othmar.reichmuth@outlook.com](#)"
Betreff: Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24
Datum: Mittwoch, 16. März 2022 18:04:38

An:

- Staatssekretariat für internationale Finanzfragen.

Kopie z. K. an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung;
- den Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Schwyz;
- die Staatskanzlei des Kantons Schwyz.

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement hat die Kantonsregierungen mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 eingeladen, bis am 18. März 2022 zur Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24 Stellung zu nehmen.

Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 332 vom 12. April 2016 wurde das Finanzdepartement ermächtigt, sich bei Vernehmlassungen zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Ländern direkt für den Kanton Schwyz zu vernehmlassen.

Die Vorlage hat keine Auswirkungen für den Kanton Schwyz. Im Namen des Regierungsrates teilen wir Ihnen mit, dass der Kanton Schwyz hierzu auf eine Stellungnahme verzichtet.

Freundliche Grüsse
Anja Gämperle

Finanzdepartement des Kantons Schwyz
Departementssekretariat

Bahnhofstrasse 15
Postfach 1230
6431 Schwyz

Telefon +41 41 819 24 95
E-Mail fd@sz.ch
Internet www.sz.ch



Eingaben im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

2. Parteien

- FDP.Die Liberalen
- SPS
- SVP

3. Dachverbände der Wirtschaft

- Schweizerische Bankiervereinigung
- Schweizerischer Gewerbeverband
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund

5. Weitere interessierte Kreise

- Association de Banques Privées Suisses (ABPS)
- Centre Patronal (CP)
- Verband Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungs-banken (VAV)
- Zürcher Bankenverband (ZBV)

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 28.02.2022 / CW
VL AIA

Per Mail an:

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen ist grundsätzlich mit der laufenden Erweiterung des Schweizer AIA-Netzwerks einverstanden. Der Einführung des automatischen Informationsaustausches über Finanzkonten mit den vorgeschlagenen Staaten stehen wir jedoch kritisch gegenüber.

Die Forderungen der FDP bezüglich Einführung eines AIA sind, wie bereits in vorherigen Vorlagen formuliert, wie folgt:

- 1.) Das Vorhandensein von Regularisierungsmöglichkeiten im jeweiligen Partnerstaat.
- 2.) Der Datenschutz und das Spezialitätsprinzip sind im Partnerstaat gewährleistet.
- 3.) Gleich lange Spiesse für alle: Der Datenaustausch des Partnerstaates ist standardkonform betreffend Qualität der Daten und reziprok gegenüber der Schweiz und anderen wichtigen Staaten.

Insbesondere bezüglich des Datenschutzes und der Datensicherheit äussern wir Vorbehalte. Keiner der zwölf vorgeschlagenen neuen Partnerstaaten erreicht gemäss dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) die Note „angemessen“. Die FDP wird einer Lieferung von Kontodaten an diese Staaten nicht zustimmen, solange nicht gewährleistet werden kann, dass rechtsstaatlich konform mit den versandten Daten umgegangen wird. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass der 2017 vom Parlament beschlossene AIA-Prüfmechanismus konsequent angewendet wird und sicherstellt, dass die zwölf Staaten die Vorgaben des globalen Standards auch tatsächlich einhalten, bevor die Schweiz erstmals Informationen über Finanzkonten übermittelt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Der Präsident

Der Generalsekretär



Thierry Burkart
Ständerat

Jon Fanzun



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 18. März 2022

**Einführung des automatischen Informationsaustauschs über
Finanzkonten (AIA) mit weiteren Partnerstaaten nach der AIA-
Vereinbarung ab 2023/24**

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3011 Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

Wir danken für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen.

Die SP Schweiz begrüsst die Erweiterung und Ergänzung des Schweizer AIA-Netzwerkes. Mit dieser Erweiterung um 12 Staaten und Territorien zeigt die Schweiz, dass sie ihre internationalen politischen Verpflichtungen umsetzt, was im Interesse des Finanzplatzes und der Schweiz ist. Es handelt sich dabei um die folgenden zwölf Staaten und Territorien: Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und die Ukraine. Damit der AIA mit diesen neuen Partnerstaaten am 1. Januar 2023 in Kraft treten und ein erster Datenaustausch im darauffolgenden Jahr (2024) durchgeführt werden kann, muss das Parlament die Vorlage vor Ende 2022 genehmigen können. Die Aktivierung des AIA (mittels gegenseitiger Notifikation bei der OECD) erfolgt erst, wenn die neuen Partner die Anforderungen des globalen Standards vollumfänglich erfüllen.

Die Schweiz verfügt derzeit über ein aktiviertes AIA-Netzwerk von 102 Partnerstaaten, mit denen Informationen über Finanzkonten ausgetauscht werden. Mit sechs Partnerstaaten wurde der AIA noch nicht aktiviert, weil sie entweder die Voraussetzungen des Standards nicht erfüllen oder kein Interesse am AIA mit der Schweiz bekundet haben. Mit dem vorliegenden Geschäft würde die Schweiz ihr Netzwerk auf alle bis dato 120 Staaten und Territorien erweitern, die sich zum AIA-Standard bekannt haben und einen Zeitpunkt für dessen Umsetzung bekanntgegeben haben.

Die Tatsache, dass 86 Partnerstaaten im Jahr 2019 Informationen zu 84 Millionen Finanzkonten mit einem Gesamtwert von rund 10 Billionen

Euro ausgetauscht haben, zeigt die wachsende Bedeutung des AIA-Standards. Trotz Pandemie haben im Jahr 2020 mehr als 100 Partnerstaaten untereinander Informationen über Finanzkonten ausgetauscht und das Netzwerk der bilateralen Austauschbeziehungen hat sich um 15 Prozent auf rund 7000 erhöht.

Mit freundlichen Grüßen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Mattea Meyer'.

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'C. Wermuth'.

Cédric Wermuth
Co-Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'L. Ferrari'.

Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Elektronisch an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 16. März 2022

Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP lehnt die Anwendung des automatischen Informationsaustausches (AIA) sowie die Ausweitung des AIA auf weitere 12 Staaten kategorisch ab. Der AIA ist Inbegriff des gläsernen Bürgers, welcher systematischen Verstössen gegen die Privatsphäre ausgesetzt wird.

Die SVP lehnt einen automatischen Informationsaustausch (AIA) nach wie vor prinzipiell ab. Ein solcher widerspricht dem Schutz der Privatsphäre und dem schweizerischen Verständnis des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat. Bereits heute hat die Schweiz Abkommen mit 108 Staaten bezüglich AIA abgeschlossen. Das weltweite AIA-Netzwerk hat dazu geführt, dass 2019 gesamthaft Informationen über 84 Millionen Bankkonten mit einem Gesamtwert von 10'000 Milliarden Euro ausgetauscht wurden (Siehe erläuternder Bericht, S. 6). Die Strategie des Bundesrats scheint nur eine Richtung zu kennen: Noch mehr Daten austauschen. Die aktuelle Vorlage soll nun weitere 12 Staaten (Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldova, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und die Ukraine) zusätzlich in das Netzwerk des schweizerischen AIA aufnehmen.

Bei den zwölf Bundesbeschlüssen wird (in Art. 1) dem Bundesrat die Kompetenz übertragen, den Zeitpunkt des Informationsaustausches festzulegen. Auch dies lehnt die SVP entschieden ab.

Aus all diesen Gründen lehnt die SVP den AIA als solches und die Ausdehnung des AIA auf zwölf weitere Länder ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller
Nationalrat

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail zugestellt an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Basel, 16. März 2022
JWE / +41 58 330 63 02

Stellungnahme der SBVg: Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die am 3. Dezember 2021 eröffnete Vernehmlassung betreffend die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit 12 weiteren Partnerstaaten ab 2023/24.

Wir bedanken uns für die Konsultation in dieser für die Finanzbranche wichtigen Frage. Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Anliegen.

Zusammenfassung

- Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) ist im Grundsatz einverstanden mit der Absicht des Bundesrates, das AIA-Netzwerk der Schweiz unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen auszuweiten. Bevor der AIA jedoch mit einem Staat eingeführt werden kann, sind die nachfolgenden Voraussetzungen zwingend zu erfüllen.
- Für die Schweizer Banken sind in Bezug auf den AIA unverändert die folgenden Grundbedingungen zentral: Datenschutz und Datensicherheit der auszutauschenden Informationen, globales Level Playing Field, angemessene Regularisierungsmöglichkeiten sowie Marktzugangsverbesserungen in den künftigen AIA-Partnerstaaten. Diese Grundbedingungen betonte die SBVg bereits in allen früheren Stellungnahmen zur Einführung des AIA mit zusätzlichen Ländern und Territorien.
- Die Mehrheit der hier vernehmlasssten Staaten hat bis dato noch kein Interesse an der Einführung des AIA mit der Schweiz bekundet, verfügt nicht über die nötigen AIA-Rechtsgrundlagen und ist noch nicht von internationalen Gremien auf die Einhaltung von elementaren rechtlichen, administrativen und technischen Rahmenbedingungen zur

Vertraulichkeit und Datensicherheit überprüft worden. Dies sind jedoch zwingende Voraussetzungen für die Einführung des AIA.

- Für die Banken ist zentral, dass der Bundesrat gegenüber der OECD nur diejenigen Staaten als Partnerstaaten notifiziert, die ihr Interesse an der Einführung der AIA mit der Schweiz explizit bekundet haben. Des Weiteren kann ein wechselseitiger bzw. reziproker AIA-Datenaustausch erst erfolgen, wenn die oben genannten Grundvoraussetzung für die Einführung des AIA nachweislich erfüllt sind. Dies muss mit der Anwendung des sogenannten Prüfmechanismus vor dem ersten Datenaustausch sichergestellt sein.

1. Ausgangslage

Die Schweiz setzt den AIA seit 2017 vollumfänglich um und hat ihr Abkommensnetzwerk seither schrittweise ausgebaut. Bis dato hat das Schweizer Parlament die Einführung des AIA mit 108 Staaten genehmigt und im Rahmen des jährlichen Informationsaustauschs wurden letztmals im Herbst 2021 mit nunmehr 96 Staaten Steuerinformationen ausgetauscht.

Der Bundesrat schlägt nun vor, die folgenden 12 Staaten und Territorien in das AIA-Netzwerk der Schweiz aufzunehmen: Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldawien, Montenegro, Neukaledonien, Thailand, Uganda und die Ukraine.

Aus Sicht der Banken handelt es sich bei diesen Staaten und Territorien nicht um Konkurrenzfinanzplätze und grundsätzlich auch nicht um prioritäre Kundenmärkte für den Schweizer Finanzplatz.

2. Position der SBVg

Für die Banken gelten die bereits in allen früheren Stellungnahmen ausgeführten Grundbedingungen für die Umsetzung des AIA weiterhin, namentlich die Sicherstellung eines globalen Level Playing Field, die Einräumung angemessener Regularisierungsmöglichkeiten für betroffene Bankkunden sowie Marktzugangsverbesserungen in den künftigen AIA-Partnerstaaten.

Die SBVg anerkennt, dass die Schweiz gemäss den Prinzipien des AIA-Standards mit allen Staaten und Territorien den AIA ermöglichen soll, die gegenüber der Schweiz ein Interesse am AIA bekunden und die Voraussetzungen des OECD-Standards für den Datenaustausch erfüllen. Ebenfalls ist es für den Finanzplatz Schweiz zentral, dass die Schweiz konform ist mit den relevanten internationalen Bestimmungen. Der weitere Ausbau des Schweizer Netzwerks von AIA-Partnerstaaten ist daher eine logische Konsequenz und wird von den Banken im Grundsatz gutgeheissen. Ein möglichst flächendeckender Standard schafft faire Wettbewerbsbedingungen und stellt «gleichlange Spiesse» für die Marktteilnehmer sicher.

Gemäss Erläuterungsbericht haben sich die 12 vernehmlasssten Staaten gegenüber der OECD bereits verbindlich zur Umsetzung des AIA bekannt und den AIA mit Drittstaaten zum Teil bereits initiiert. Die SBVg nimmt zur Kenntnis, dass aus Sicht der Schweiz dadurch ein gewisser Handlungsbedarf besteht, um zeitlich nicht ins Hintertreffen zu geraten. Nichtsdestotrotz muss an den vom Schweizer Parlament festgelegten Grundprinzipien weiterhin zwingend festgehalten werden.

a) Fehlende Interessensbekundungen

Gemäss Erläuterungsbericht haben bis dato 10 der 12 vernehmlasssten Staaten ihr formelles Interesse am AIA mit der Schweiz gegenüber der OECD noch nicht kundgetan. Namentlich sind dies Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldawien, Montenegro, Thailand, Uganda und die Ukraine.

Für die Banken ist es entscheidend, dass der AIA nicht «auf Vorrat» aktiviert wird. Die Zustimmung des Parlaments stellt lediglich den ersten Schritt dar, damit die Schweiz handlungsfähig bleibt und nicht aufgrund von prozeduralen Verzögerungen unter Druck kommt. Die SBVg fordert aber, dass der Bundesrat gegenüber der OECD nur diejenigen Staaten als Partnerstaaten notifiziert, die bis zum Ende des parlamentarischen Bewilligungsverfahrens ihr Interesse an der Einführung der AIA mit der Schweiz explizit bekundet haben. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, soll die Schweiz den AIA mit diesen Staaten bis auf weiteres nicht aktivieren.

b) Mangelnde internationale Überprüfung

Hinsichtlich des Datenschutzes und der Datensicherheit für die auszutauschenden Informationen zeigt sich gemäss dem Erläuterungsbericht ein bedenkliches Bild. Demnach verfügen bislang nur Ecuador und Neukaledonien über die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Aktivierung des AIA. Zudem wurden die vernehmlasssten Staaten mit zwei bzw. einer Ausnahme bisher weder durch das Global Forum noch durch die US-Steuerbehörde IRS hinsichtlich der rechtlichen, administrativen und technischen Rahmenbedingungen zur Vertraulichkeit und zur Datensicherheit überprüft.

Solange die für die Einführung des AIA unabdingbaren Kriterien nicht erfüllt sind, kann mit diesen Staaten kein wechselseitiger bzw. reziproker Austausch von AIA-Daten erfolgen mit der Konsequenz, dass die Schweiz bis auf weiteres keine Information an diese Länder schicken wird.

c) Anwendung des Prüfmechanismus

Im Erläuterungsbericht wird festgehalten, dass der Prüfmechanismus gemäss Bundesbeschluss vom 6. Dezember 2017 auch für die hier vernehmlasssten Staaten zwingend angewendet wird. Folglich findet nach erfolgter Notifikation im Jahr des ersten effektiven Informationsaustauschs eine weitere Überprüfung statt, ob die Bedingungen für den AIA durch den Partnerstaat unmittelbar vor dem ersten Datenaustausch eingehalten sind. Die Banken haben sich für die generelle Anwendung des Prüfmechanismus ausgesprochen und begrüssen, dass dies in der Vernehmlassungsvorlage entsprechend reflektiert ist.

Die SBVg verlässt sich folglich darauf, dass auch nach Abschluss des parlamentarischen Prozesses ausreichende Kontrollmechanismen vorhanden sind, um den wechselseitigen bzw. reziproken Informationsaustausch mit Ländern zu verhindern, die den Anforderungen für einen Datenaustausch unter dem AIA nicht gerecht werden.

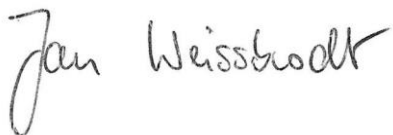
3. Abschliessende Bemerkungen

In Anbetracht der genannten Abwägungen stellen sich die Banken nicht gegen die Verabschiedung der Bundesbeschlüsse über die 12 weiteren AIA-Partnerstaaten. Gleichzeitig wird jedoch eine enge Überprüfung der Entwicklungen im Bereich des Datenschutzes und der Rechtssicherheit in diesen Ländern gefordert und substanzielle Fortschritte sind als zentrale Vorbedingung für den effektiven Austausch von Informationen unter dem AIA zwingend erforderlich.

Abschliessend möchten wir festhalten, dass für den Erhalt der globalen Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes der Marktzugang von grosser Bedeutung ist. Aus diesem Grund vertreten wir, wie bereits in früheren Stellungnahmen, weiterhin die Position, dass Verhandlungen über den AIA mit Gesprächen zu Marktzugangsverbesserungen verknüpft werden sollten.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen für die weiteren Arbeiten. Gerne stehen wir Ihnen für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Bankiervereinigung



Jan Weissbrodt
Leiter Tax



Andreas Rohrer
Taxspezialist Banking



Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Per Email
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 3. März 2022 sgv-Sc

Vernehmlassungsantwort

Bundesbeschlüsse über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv lehnt die Einführung des AIA mit weiteren Partnerstaaten ab. Dies hat drei Gründe:

- Der sgv verlangt die strikte Einhaltung des Grundsatzes: Ohne Doppelbesteuerungsabkommen kein AIA. Mit Jordanien hat die Schweiz kein DBA.
- Der sgv verlangt eine umfassende Berichterstattung über die Erfahrungen mit den aktuell geltenden AIA und der Ortung von Verbesserungspotenzialen, namentlich im Schutz der Privatsphäre.
- Der sgv verlangt die Äquivalenz der Finanzplatz-Regulierungen der Partnerstaaten und der Schweiz. Auch das ist hier, etwa bei Ecuador, nicht gegeben.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, e. Nationalrat



Henrique Schneider
stellvertretender Direktor

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für int. Finanzfragen SIF
Herr Bundesrat Ueli Maurer
Bundesgasse 3
3003 Bern

per Mail an:
vernehmlassungen@sif.admin.ch

Bern, 7. Februar 2022

Vernehmlassungsantwort zur Orientierung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/2024

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, zur oben genannten Orientierung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit zusätzlichen Staaten ab 2023/2024 Stellung nehmen zu können.

Wie wir bereits in früheren Stellungnahmen (Vernehmlassungsverfahren vom 7. Februar 2017 und vom 1. Dezember 2016) dargelegt haben, unterstützt der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die bundesrätliche Strategie, durch die Einhaltung globaler Standards im Steuerbereich die Position der Schweiz auf internationaler Ebene zu stärken und zu einem steuerkonformen Finanzplatz beizutragen. Daher befürworten wir auch das Bestreben des Bundesrates, den AIA mit Territorien zu erweitern, die sich zum AIA-Standard bekennen und gegenüber dem Global Forum einen verbindlichen Zeitpunkt für die Umsetzung des AIA bis spätestens 2023 angegeben haben.

Um den AIA mit einem Partnerstaat basierend auf der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (MCAA) umzusetzen, muss er bilateral aktiviert werden. Die einzelnen Staaten, mit denen die Schweiz den AIA einführen will, sind hierzu in eine Liste aufzunehmen, die beim Sekretariat des Koordinierungsgremiums des MCAA hinterlegt werden muss. Beim vorliegenden Bundesbeschluss geht es um die Ermächtigung des Bundesrates durch die Bundesversammlung, dem Sekretariat des Koordinierungsgremiums mitzuteilen, dass Ecuador, Georgien, Jamaika, Jordanien, Kenia, Marokko, Moldawien, Neukaledonien, Thailand, Uganda und die Ukraine auf diese Liste zu setzen sind. Da diese Länder sich zum oben erwähnten AIA-Standard bekennen, eine verbindliche zeitnahe Umsetzung angegeben haben und die Aktivierung des AIA erst mit vollumfänglicher Erfüllung des Standards erfolgt, spricht sich der SGB für diese Vorlage aus.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom

Par e-mail

(vernehmlassungen@sif.admin.ch)

Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Département fédéral des finances
Bernernhof
3003 Berne

Genève, le 15 mars 2022

Consultation sur l'introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers avec 12 nouveaux États et territoires

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous remercions votre Département d'avoir invité l'Association de Banques Privées Suisses (ABPS) à participer à la consultation ouverte le 3 décembre 2021 à propos de l'approbation des arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'échange automatique de renseignements (EAR) relatifs aux comptes financiers avec 12 nouveaux États partenaires à partir de 2023/2024.

L'ABPS soutient le développement de l'EAR, qui est un standard international que plus de 120 pays se sont engagés à appliquer. Toutefois, afin que ce standard soit vraiment global et efficace, la pression doit être intensifiée sur les États-Unis pour qu'ils remplacent leur loi FATCA par le standard de l'OCDE.

L'ABPS ne s'oppose pas à l'adoption des arrêtés fédéraux objets de la consultation, mais exige que les trois conditions suivantes soient remplies avant tout envoi vers ces nouveaux partenaires :

- les bases juridiques nécessaires pour l'EAR doivent être en place ;
- l'État doit avoir manifesté son intérêt à recevoir des données de la Suisse ;
- la confidentialité et la sécurité des données doivent être garanties.

Le mécanisme de contrôle prévu par l'arrêté fédéral du 6 décembre 2017 joue un rôle essentiel à cet égard.

Le Conseil fédéral doit aussi s'efforcer d'obtenir le meilleur accès au marché possible pour les banques suisses, afin que celles-ci puissent continuer à se développer en Suisse, et des conditions de régularisation adéquates pour les clients dans les pays qui recevront des données de la Suisse.

Le développement de l'EAR

L'ABPS soutient le standard de l'EAR tel que développé par l'OCDE. Ce standard prévoit des échanges entre tous les pays qui se sont engagés à l'appliquer. Il est donc attendu de la Suisse qu'elle étende son réseau d'États et territoires partenaires à ceux qui sont intéressés à recevoir des informations de sa part et qui respectent les exigences de



confidentialité et de protection de celles-ci. Il serait d'ailleurs délicat de refuser l'EAR à un Etat qui s'est engagé à l'appliquer, sauf si l'on constate que cet Etat présente des défaillances telles que les autres pays renoncent aussi à lui transmettre des données.

Il n'en demeure pas moins qu'un standard global de lutte contre la soustraction fiscale ne fonctionne que si tous les centres financiers internationaux l'appliquent, car sinon les clients récalcitrants auront vite fait de préférer celui qui ne l'applique pas. C'est d'ailleurs ce que l'on constate avec les Etats-Unis qui, bien qu'étant à l'origine du standard de l'OCDE, ne se sont pas engagés à l'appliquer et imposent en lieu et place leur loi FATCA, qui est tout aussi exigeante pour les contribuables américains, mais beaucoup moins pour les autres, surtout s'ils agissent à travers des entités juridiques. Le résultat en est un avantage compétitif indéniable pour les banques américaines, qui se reflète dans leurs résultats.

Il est donc indispensable que les autorités suisses, lors de chaque contact avec leurs homologues étrangères, insistent pour que la pression soit mise sur les Etats-Unis pour qu'ils remplacent leur loi FATCA par le standard de l'OCDE. D'une part, ce n'est qu'ainsi que ce dernier sera vraiment efficace, au lieu de tolérer une échappatoire énorme. D'autre part, le travail des banques du monde entier sera simplifié et harmonisé.

Les 12 Etats partenaires en question

On peut se demander s'il est opportun d'activer l'EAR vis-à-vis de pays qui n'ont pas encore manifesté leur intérêt à échanger des informations avec la Suisse. Sur les 12 pays objets de la consultation, seules la Jamaïque et la Nouvelle-Calédonie ont manifesté un tel intérêt, et ont d'ailleurs déjà échangé des données avec d'autres pays. Il n'est cependant pas exclu que les 10 autres futurs partenaires demandent à la Suisse d'activer l'EAR dans le courant de l'année, puisqu'ils se sont engagés à procéder à un premier échange au plus tard en 2024.

Le rapport explicatif du DFF précise bien en page 7 que « le fait que le Parlement adopte les arrêtés fédéraux concernant l'introduction de l'EAR ne signifie pas que des renseignements relatifs aux comptes financiers sont effectivement échangés. [...] Si les États et territoires approuvés par le Parlement n'ont toujours pas manifesté leur intérêt d'introduire l'EAR avec la Suisse à la fin de la procédure d'approbation parlementaire ou s'ils n'ont pas encore notifié la Suisse en tant qu'État partenaire, ils ne seront alors pas notifiés comme États partenaires par le Conseil fédéral auprès de l'OCDE. En conséquence, l'EAR ne sera pas activé jusqu'à nouvel ordre. »

En d'autres termes, accepter ces 12 pays ne signifie pas encore que la Suisse doit leur envoyer des données en 2024, sauf pour la Jamaïque et la Nouvelle-Calédonie, qui disposent déjà des bases juridiques nécessaires à l'activation de l'EAR. A noter que dans un premier temps, la Nouvelle-Calédonie ne participe à l'EAR que sur une base non réciproque, c'est-à-dire qu'elle ne fait que transmettre des données, sans en recevoir.

Les 10 autres Etats et territoires doivent encore mettre en place les bases juridiques nécessaires à l'EAR et démontrer qu'ils sont en mesure de garantir la confidentialité et la sécurité des données qui leur seront envoyées. Selon les indications contenues dans le rapport explicatif et résumées dans le tableau qui suit, cela est loin d'être le cas dans la plupart des pays, même si la situation peut évoluer rapidement.



Pays	Année du premier échange	Nombre d'Etats partenaires	Bases juridiques en place	Notifications de la Suisse à l'OCDE	Sécurité des données	
					Selon IRS	Selon OCDE
Equateur	2021	68	✓	✓	✗	✓
Géorgie	2024	0	✗	✗	✗	✗
Jamaïque	2022	0	✗	✗	✓	✗
Jordanie	2023	0	✗	✗	✗	✗
Kenya	2022	0	✗	✗	✗	✗
Maroc	2022	0	✗	✗	✗	✗
Moldavie	2023	0	✗	✗	✗	✗
Monténégro	2023	0	✗	✗	✗	✗
Nouvelle-Calédonie	2020	45	✓	✓	✗	✓
Ouganda	2023	0	✗	✗	✗	✗
Thaïlande	2023	0	✗	✗	✗	✗
Ukraine	2023	0	✗	✗	✗	✗

Dans ces circonstances, il est essentiel que le mécanisme de contrôle prévu par l'arrêté fédéral du 6 décembre 2017 s'applique aussi avant tout premier envoi à ces pays, pour vérifier qu'ils remplissent alors les conditions pour la mise en œuvre de l'EAR. Cela est d'ailleurs prévu par le Conseil fédéral.

Au vu de ce qui précède, l'ABPS ne s'oppose pas à l'adoption des arrêtés fédéraux concernant ces 12 pays supplémentaires, tout en priant instamment le gouvernement de ne pas activer l'EAR avec ceux-ci tant que les trois conditions cumulatives suivantes n'auront pas été remplies :

- les bases juridiques nécessaires pour l'EAR doivent être en place ;
- l'Etat doit avoir manifesté son intérêt à recevoir des données de la Suisse ;
- la confidentialité et la sécurité des données doivent être garanties.



L'accès au marché

Du moment qu'un Etat souhaite obtenir de la Suisse des données bancaires sur ses résidents, c'est qu'il admet que ceux-ci sont en contact avec des banques suisses. Il est donc essentiel que l'accès à son marché soit concrètement discuté. En effet, un banquier suisse doit pouvoir servir ses clients depuis la Suisse ou dans leur pays de domicile, comme le font ses concurrents sur place. Car si l'on veut développer en Suisse les emplois et les recettes fiscales que les relations bancaires transfrontières génèrent, ces dernières doivent pouvoir se dérouler sans obstacle, réglementaire ou pénal. Il faut donc étudier les allègements que les pays ont accordé à d'autres places financières et demander au moins les mêmes pour la Suisse. N'oublions pas que la Suisse offre elle-même un large accès à son marché.

Des possibilités de régularisation adéquates

Le rapport explicatif donne des indications sur les modalités de la régularisation fiscale du passé dans chacun des pays concernés. Force est de constater que les amendes sont rarement évitées et que leur montant n'est pas toujours mineur. En outre, des procédures pénales restent possibles en cas de fraude fiscale. Avant de livrer des données sur des contribuables dont les motivations pour avoir un compte en Suisse sont moins fiscales que sécuritaires, la Suisse devrait vraiment insister pour que les Etats récipiendaires mettent en place une procédure à l'issue prévisible et clairement définie.

* * *

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre très haute considération.

ASSOCIATION DE
BANQUES PRIVEES SUISES

Jan Langlo
Directeur

Jan Bumann
Directeur adjoint

Monsieur le Conseiller fédéral Ueli Maurer
Chef du Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Paudex, le 14 janvier 2022
SHR/MIS

Consultation fédérale – Introduction de l'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers (EAR) avec d'autres Etats partenaires à partir de 2023/2024

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous avoir consultés sur l'objet cité en titre et vous communiquons ci-après notre prise de position.

Nous nous bornerons à apprécier le projet dans son ensemble et à émettre quelques remarques d'ordre général et vous renvoyons pour les questions techniques à l'avis exprimé par les branches professionnelles concernées.

I. Considérations générales

L'EAR est devenu le standard international – l'OCDE a fixé un certain nombre de critères – pour lutter contre la fraude fiscale et la soustraction d'impôts. La Suisse est déjà bien engagée dans le processus. Le Parlement a approuvé l'introduction de l'EAR avec 108 Etats partenaires (état 1^{er} janvier 2021) et le premier échange de renseignements relatifs aux comptes financiers a eu lieu à fin septembre 2018. En 2020, la Suisse a échangé des renseignements sur des comptes financiers avec 86 Etats partenaires. La Suisse échange chaque année des renseignements sur des millions de comptes et de dépôts. L'échange transfrontalier de données relève ainsi de la normalité, pour les banques comme pour leurs clients.

En élargissant son réseau EAR de manière appropriée, la Suisse montre qu'elle respecte ses engagements politiques internationaux et met en œuvre les normes internationales. La mise en œuvre de l'EAR avec les Etats partenaires proposés à partir de 2023/2024 a pour objectif d'éviter que la Suisse ne se retrouve sur la liste des Etats non coopératifs du G20 et de l'OCDE et sur la liste de l'Union européenne (UE) et qu'elle devienne la cible d'éventuelles mesures de rétorsion. De telles mesures pourraient constituer un gros désavantage – difficile à quantifier toutefois – pour les entreprises et leurs employés.

L'EAR étant devenu la norme, il est d'autant plus important pour la Suisse que l'égalité de traitement soit assurée par rapport aux places financières concurrentes. Assurer ce *level playing field* incombe au Forum mondial, qui procède à des examens réguliers de tous les Etats partenaires de l'EAR et formule des recommandations.

Enfin, comme par le passé, une attention particulière doit être accordée à la sécurité juridique et à la confidentialité lors de la mise en œuvre de l'EAR. La Suisse doit ainsi vérifier que l'EAR n'intervient qu'avec les États partenaires qui satisfont aux standards minimaux en matière de protection des données à la hauteur des exigences du droit constitutionnel suisse. Le seul fait que ces données restent « entre les mains des autorités » n'est, selon les pays, pas forcément suffisant pour rassurer et garantir la sécurité des clients concernés. Ces contrôles sont nécessaires, ceci avant d'envoyer des données à nos partenaires, d'une part parce qu'entre le moment où la protection des données a été vérifiée dans un pays et celui où il en reçoit effectivement de la Suisse il se sera écoulé deux ou trois ans ; d'autre part parce que le standard de l'OCDE repose sur l'assistance administrative mutuelle, et il ne ferait aucun sens que la Suisse soit la seule à envoyer des renseignements à un pays. Si un État ne garantit pas ces minima, la Suisse devra alors mettre fin à l'EAR avec cet État.

II. Remarques particulières sur l'EAR avec d'autres Etats partenaires à partir de 2023/2024

Le présent projet vise maintenant à étendre l'EAR de la Suisse à 12 Etats supplémentaires qui se sont à ce jour engagés de manière contraignante à mettre en œuvre l'EAR dans un certain délai (*committed jurisdictions*), ceci en vue d'une mise en œuvre à partir de 2023/2024. Il s'agit de l'Equateur, la Géorgie, la Jamaïque, la Jordanie, le Kenya, le Maroc, la Moldova, le Monténégro, la Nouvelle-Calédonie, l'Ouganda, la Thaïlande et l'Ukraine.

L'EAR avec ces nouveaux Etats ne diffère pas des procédures engagées jusqu'à présent. Il doit être activé bilatéralement avec chaque Etat partenaire et ce sera au Parlement de décider de cette activation sur la base d'un arrêté simple. En d'autres termes, accepter ces 12 pays ne signifie pas encore que la Suisse devra leur envoyer des données en 2024.

La Suisse s'est engagée à adopter le standard de l'OCDE sur l'échange automatique de renseignements en matière fiscale à partir de 2017, à l'instar d'une centaine d'Etats. Cet engagement doit être tenu. La vérification des conditions pour la mise en œuvre de l'EAR conformément à la norme internationale est particulièrement importante, et fera d'ailleurs aussi l'objet d'un examen par les pairs au sein du Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements à des fins fiscales. Il est nécessaire que des vérifications soient effectuées, ceci avant d'envoyer des données à nos partenaires. Un contrôle subséquent régulier ou périodique du respect des standards minimaux en matière de protection des données devrait aussi être prévu. Par ailleurs, le gouvernement devra aussi vérifier si d'autres places financières internationales pertinentes ont aussi activé ou permis d'octroyer l'EAR à ces pays. Il ne serait en effet pas logique, comme nous l'avons déjà affirmé plus haut, que la Suisse pratique l'échange automatique d'informations avec un pays si les autres places financières ne font pas de même (*same level playing field*).

Enfin, nous constatons que la Suisse n'a obtenu aucune contrepartie de la part de ces pays alors que l'amélioration de l'accès au marché devrait être impérativement incluse dans les négociations sur l'échange automatique. Le Conseil fédéral doit œuvrer pour obtenir le meilleur accès au marché possible, notamment quand une déclaration conjointe à cet effet est signée.

III. Conclusions

L'élargissement du réseau EAR correspond aux exigences minimales internationales et devrait permettre de réduire les risques liés à la procédure d'évaluation de la Suisse par le Forum mondial, même s'il ne garantit pas une évaluation sans problèmes.

Nous ne sommes pas opposés à l'introduction de l'EAR avec 12 Etats supplémentaires à partir de 2023/2024. Des préoccupations demeurent toutefois quant à l'utilisation à l'étranger des données qui seront échangées automatiquement par la Suisse : seront-elles bien protégées ? Ne serviront-elles qu'à des fins fiscales (et non pénales ou même politiques) ? Ne seront-elles demandées qu'à la Suisse et pas à d'autres places financières internationales ? Notre gouvernement doit donc s'engager à vérifier, avant d'activer l'EAR avec ces pays et ensuite aussi subséquentement, que ceux-ci respectent les exigences en matière de confidentialité et de sécurité des données lors de l'assistance administrative et

que les autres places internationales pertinentes ont aussi activé ou promis d'octroyer l'EAR à ces pays. Le Conseil fédéral doit aussi s'engager à ouvrir des discussions concrètes pour l'amélioration de l'accès aux marchés de ces pays.

* * *

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'H. Redondo'.

Sandrine Hanhardt Redondo

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern
per E-Mail an: vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 18. März 2022

Stellungnahme zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24

Sehr geehrte Damen und Herren

Die VAV dankt für die Einladung zu der geplanten Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit 12 weiteren Partnerstaaten ab 2023/24 Stellung zu nehmen. Wir verweisen in erster Linie auf unsere Eingaben vom 14. März 2017, vom 26. Januar 2018, vom 13. Februar 2018 sowie vom 18. März 2019 zur Einführung des AIA mit diversen Staaten und Territorien. Die darin enthaltenen Forderungen finden vollumfänglich Anwendung auf den geplanten Ausbau des AIA-Netzwerks.

Für unsere exportorientierten Mitglieder ist es zentral, dass weltweit dieselben Wettbewerbsbedingungen herrschen. Dazu zählt die flächendeckende Anwendung des AIA, da es sich bei diesem Modell um einen von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Standard handelt. In diesem Zusammenhang ist es uns daher ein wichtiges Anliegen, dass sich die Schweizer Behörden auf internationaler Ebene vehement dafür einsetzen, dass Druck auf die USA ausgeübt wird, das FATCA-Regime durch den OECD-Standard zu ersetzen. Denn nur so kann ein Level-Playing-Field unter den Konkurrenzfinanzplätzen effektiv sichergestellt werden.

Wir möchten festhalten, dass wir grundsätzlich bereit sind, einen Ausbau des AIA mit weiteren Ländern mitzutragen. Bevor der AIA jedoch mit einem Staat eingeführt werden kann, müssen folgende Bedingungen zwingend erfüllt sein:

- Datenschutz und Datensicherheit der auszutauschenden Informationen;
- angemessene Regularisierungsmöglichkeiten;
- ein globales Level Playing Field;
- sowie Interessenbekundung des möglichen Partnerstaates, dass er den AIA mit der Schweiz einführen möchte.

Es zeigt sich, dass die Mehrheit der hier vernehmlasssten Staaten bis dato weder ein Interesse an der Einführung des AIA mit der Schweiz bekundet, noch über die notwendigen AIA-Rechtsgrundlagen verfügt und auch noch nicht von internationalen Gremien auf die Einhaltung von elementaren rechtlichen, administrativen und technischen Rahmenbedingungen zur Vertraulichkeit und Datensicherheit überprüft wurde. Die Voraussetzungen zur Einführung des AIA sind damit nicht gegeben.

Dennoch unterstützen wir, dass das Parlament der Einführung des AIA zustimmt. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass dies nur ein erster Schritt ist, damit die Schweiz handlungsfähig bleibt und nicht aufgrund von prozeduralen Prozessen ins Hintertreffen gerät.

Dabei begrüssen wir, dass – wie im Erläuterungsbericht festgehalten – der Prüfungsmechanismus gemäss Bundesbeschluss vom 6. Dezember 2017 auch für die hier vernehmlasssten Staaten zwingend angewendet wird. Dieser verlangt unmittelbar vor dem effektiven Datenaustausch die Prüfung, ob die Bedingungen für den AIA durch den Partnerstaat eingehalten werden. Wir verlassen uns darauf, dass die Kontrollmechanismen vorhanden sind und konsequent zur Anwendung kommen.

Abschliessend möchten wir unsere Position in Erinnerung rufen, dass Verhandlungen über den AIA mit Gesprächen zu Marktzugangsverbesserungen verknüpft werden sollen. Verbesserungen in diesem Bereich sind eine wichtige Voraussetzung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Vermögensverwaltungsstandorts Schweiz zu erhalten und damit Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuererträge zu sichern.

Für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unserer Ausführungen möchten wir uns im Voraus bedanken.

Freundliche Grüsse

Jörg Schudel



Vorsitzender VAV-
Steuerexpertengruppe

Simon Binder



Public Policy Director

Zürcher Bankenverband | Weinbergstrasse 25 | 8001 Zürich

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

vernehmlassungen@sif.admin.ch

Zürich, 17. März 2022

E-Mail direkt: cb@zhbanken.ch

Einführung des automatischen Informationsaustauschs mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24 | Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. Dezember 2021 hat das Eidgenössische Finanzdepartement zur Vernehmlassung über die geplante Einführung des automatischen Informationsaustausches mit weiteren Partnerstaaten ab 2023/24 eingeladen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Der Zürcher Bankenverband (ZBV) vertritt seit 1902 die Interessen des Finanzplatzes Zürich. Er vereinigt 45 Mitgliedsunternehmen, darunter alle bedeutenden Banken sowie die fünf grössten Versicherungen als assoziierte Mitglieder sowie die Schweizerische Nationalbank und die SIX Group als zugewandte Institute. Er setzt sich für politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein, die auch in Zukunft eine erfolgreiche Entwicklung des Finanzplatzes und der in Zürich ansässigen Banken und Versicherungen ermöglichen. Als grösster privater Arbeitgeber im Kanton Zürich und Standortkanton von drei systemrelevanten Banken ist der Finanzplatz Zürich von der vorgeschlagenen Erweiterung des automatischen Informationsaustauschs direkt und in hohem Masse betroffen. Wir ersuchen Sie deshalb, unsere Stellungnahme im Rahmen Ihres Vernehmlassungsverfahrens zu berücksichtigen.

Der ZBV ist im Grundsatz einverstanden mit der Absicht des Bundesrates, das AIA-Netzwerk der Schweiz unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen auszuweiten.

Aus Sicht des ZBV kann indessen die Einführung des AIA mit einem weiteren Staat nur in Frage kommen, wenn die folgenden Voraussetzungen zwingend erfüllt sind:

- Datenschutz und Datensicherheit der auszutauschenden Informationen
- globales Level Playing Field

- angemessene Regularisierungsmöglichkeiten sowie
- Marktzugangsverbesserungen in den künftigen AIA-Partnerstaaten.

Die Mehrheit der hier vernehmlasssten Staaten hat bis heute noch kein Interesse an der Einführung des AIA mit der Schweiz bekundet, verfügt nicht über die nötigen AIA-Rechtsgrundlagen und ist noch nicht von internationalen Gremien auf die Einhaltung von elementaren rechtlichen, administrativen und technischen Rahmenbedingungen zur Vertraulichkeit und Datensicherheit überprüft worden. Dies sind jedoch zwingende Voraussetzungen für die Einführung des AIA.

Für die Banken ist zentral, dass der Bundesrat gegenüber der OECD nur diejenigen Staaten als Partnerstaaten notifiziert, die ihr Interesse an der Einführung der AIA mit der Schweiz explizit bekundet haben. Des Weiteren kann ein wechselseitiger bzw. reziproker AIA-Datenaustausch erst erfolgen, wenn die oben genannten Grundvoraussetzung für die Einführung des AIA nachweislich erfüllt sind. Dies muss mit der Anwendung des so genannten Prüfmechanismus vor dem ersten Datenaustausch sichergestellt sein.

Darüber hinaus verweisen wir im Einzelnen auf die Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung, der wir uns vollumfänglich anschliessen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Christian Bretscher